



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/46 - 23.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

SPD und CDU im harten Rennen	S. 1
Die Bundesregierung und der Antisemitismus	S. 3
Die Sozialorganisationen der Katholischen Kirche	S. 5
Panne der Regierungspropaganda	S. 8
Kommuniqué des Parteivorstandes	S. 6/7

Vor den Wahlen im Südwesten

K.P.Sch. Am 9. März wird die Bevölkerung Badens und Württembergs wieder an die Wahlurne treten, um die Männer und Frauen zu berufen, die dem aus dem Willen des Volkes geborenen Südweststaat eine Verfassung geben sollen. Damit wird hoffentlich bald auch das soeben wieder zitierte Sprachungeheuer "Südweststaat" aus dem deutschen Wortschatz verschwinden. Der Südweststaat ist ein politischer Begriff, und zwar ein wichtiger, aber er kann nie und nimmermehr einem neuen Bundeslande den Namen geben. Übrigens werden sich die Gemüter wahrscheinlich schon in dem Augenblick erhitzen, wenn die Namensgebung für das neugeborene Kind zur Debatte steht. Ein Teil dürfte den Namen "Württemberg-Baden" vorschlagen, ein anderer spricht heute schon mit Nachdruck von "Baden-Württemberg". Daneben gibt es freilich noch andere Vorschläge. Sollte kein unerwarteter Kompromiß durch irgendeinen glücklichen Einfall erzielt werden, wäre wohl die Bezeichnung "Baden-Württemberg" die vernünftigste, bestimmt aber die psychologisch geschickteste Lösung. Hiermit käme Stuttgart den badischen Empfindlichkeiten symbolisch entgegen und könnte schon dadurch dem Vorwurf begegnen, der in Baden gefürchtete "schwäbische Zentralismus" wolle das ganze Land bevormunden.

Der Wahlkampf wird einer der kürzesten, vermutlich aber einer der intensivsten in der Geschichte der deutschen Demokratie

sein. Am 27. Februar ist Aschermittwoch, und alle am Wahlkampf beteiligten Parteien dürften sich stillschweigend darüber einig sein, daß es nicht lohnt, vorzeitig sein Pulver zu verschießen. Die eigentliche Phase des Wahlkampfes umfaßt also die Zeitspanne vom 28. oder 29. Februar bis zum 8. März.

Wahlprognosen sind immer ein mißliches Geschäft und der Chronist hilft sich meistens mit dem Hinweis, die Chancen seien völlig offen. Diesmals sind sie es wirklich, und ein totes Rennen zwischen den beiden "Hauptfavoriten", der SPD und der CDU, ist keineswegs ausgeschlossen. Dies liegt an der Wahlprozedur: Die Sitze der Verfassungsgebenden Landesversammlung, 120 an der Zahl, werden nach dem bisherigen Bundeswahlsystem ermittelt: 60 Prozent in Einmannwahlkreisen, 40 Prozent nach dem Verhältniswahlsystem. Die Stimmen der Parteien, die in den Einmannwahlkreisen unterliegen, werden also auf den jeweiligen Landeslisten verrechnet. Das bedeutet, daß die SPD in Nordwürttemberg und Nordbaden, besonders in den Großstädten und Industriezentren, die meisten Wahlkreise in direkter Wahl und mit relativer Mehrheit eröbern wird. In Südwürttemberg und Südbaden liegen die Verhältnisse genau umgekehrt, das heißt, hier dürfte die CDU trotz des überaus wahrscheinlichen absoluten Stimmenrückgangs dieser Partei die meisten Wahlkreise mit relativer Mehrheit behaupten. Besonders in Südbaden, wo die CDU bisher mit absoluter Mehrheit allein regierte, hat eine überaus raffinierte Wahlkreisgeometrie dafür gesorgt, dem politischen Klerikalismus auch für diese Entscheidung die Meistbegünstigung zu sichern.

Immerhin sind Überraschungen durchaus möglich. Die inneren Spannungen, die das Gesicht der CDU im allgemeinen und besonderen bestimmen, machen sich nicht nur in dem bekannten Gegensatz "die Südweststaatanhänger - die Altbadener" bemerkbar. Die hiermit umrissene schwebende Feindseligkeit ist auch vom Bundeskanzler durch sein persönliches Erscheinen auf dem Parteitag der "Badischen CDU" in Freiburg nur notdürftig verkleistert worden. Als weiteres Moment einer möglichen Stimmenzersplitterung kommt noch der Hader zwischen dem katholischen und protestantischen Flügel der CDU hinzu, der gerade in Südbaden, wo die Katholiken in der Vorhand sind, mit einer oft geradezu peinlichen Deutlichkeit hervortritt. Da die Konfessionen im neuen Bundesland ziemlich gleichmäßig verteilt sind (etwa 50 Prozent Protestanten, etwa 47 Prozent Katholiken), setzt der katholische Flügel der CDU natürlich alles daran, möglichst viel Abgeordnete seiner Färbung in die Verfassungsgebende Landesversammlung zu bringen.

Im Gegensatz dazu kann die SPD mit gutem Gewissen, ruhiger Entschlossenheit und Zielstrebigkeit in den Wahlkampf hineingehen: Sie kämpft für eine neue und gesunde Gemeindevorbereitung im Südwesten, für eine zugleich fortschrittliche und tolerante Kulturpolitik. Außerdem werden ihre Referenten nicht unterlassen, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, wie wichtig gerade diese Wahlen als Stimmungsbarmeter für die Bonner Politik sind. Gerade wenn man dies berücksichtigt, wird man zugeben müssen, daß selten eine Partei zueversichtlicher in einen Wahlkampf ziehen dürfte als diesmal die SPD im deutschen Südwesten.

Deutschlands neue Nazis

F.S.-London, Ende Februar

Vom "Jewish Chronicle", herausgegeben und vorbereitet durch den Auswärtigen Ausschuss der "Anglo-Jewish Association", erschien kürzlich eine Broschüre "Germanys New Nazis", an der eine Reihe von Autoren mitarbeiteten, die ungenannt bleiben. Sie wird nicht nur in England, sondern vornehmlich in Amerika starken Wiederhall finden, zumal gleichzeitig im Zusammenhang mit der Broschüre der frühere Außenminister Herbert Morrison im "Jewish Chronicle" einen Artikel unter dem Titel "Deutschlands Zukunft" geschrieben hat.

Die Broschüre wurde zweifellos von Sachkennern verfaßt, die sich mit der Materie weniger vom jüdischen, als vom allgemein-politischen Standpunkt aus beschäftigen. "Wie fest ist die Demokratie im Nachkriegs-Deutschland verwachsen?" - "In welchem Ausmaß ist das deutsche Volk noch vom Gift des Nationalsozialismus befallen?" - "Was bedeuten die Wahlerfolge der Neo-Nazis?" - "Stellt die Gründung der Soldatenbünde eine Gefahr für die gesunde Entwicklung der Demokratie dar?" Diese und einige andere Fragen werden diskutiert, ohne daß die Antworten den Gedanken aufkommen ließen, als ob "das Weltjudentum Rache an einem hilflos gewordenen Deutschland nehmen will". Es wird im Gegenteil festgestellt, daß die "zuverlässigsten Demokraten mit der jüdischen Bevölkerung gemeinsam litten", und daß auch heute wieder jede Form eines Nationalsozialismus von dem weit-aus größten Teil der Bevölkerung abgelehnt wird.

Die Broschüre bezweifelt eine Feststellung Morrisons, der im Mai 1951 die Hoffnung ausdrückte, daß die Regierung Adenauer geeignete Schritte unternehmen würde, um die Verfassung gegen nationalsozialistische Umtriebe zu schützen. Es wird auf die autokratische Regierungsmethode des Kanzlers hingewiesen und daran erinnert, daß er es war, der sich in seinem Kabinett mit Parteien verband, die es zulassen, "daß alte Nazis in der Beamtenschaft und in der Polizei wieder erscheinen. Sie können es mit Wissen und in manchen Fällen mit Unterstützung der Minister" und durchsetzen den Staatsapparat.

Morrison bemerkt hierzu, daß es nicht leicht sei, nach Jahren

einer totalen Diktatur Männer und Meinungen zu finden, die erfolgreich eine parlamentarische Regierungsform vertreten können. An den Störungen der Sowjet-Union habe es gelegen, daß die Westmächte nicht mehr zur Stabilisierung der Demokratie in Deutschland beigetragen haben. Er wiederholte seine Worte, die er während eines Besuchs als Außenminister zu den führenden Politikern in der Westzone sagte: "daß sie nicht zögern sollten, alle Rechtsmittel anzuwenden, Nazis oder Neo-Nazis zu zerstören".

Morrison's Artikel und die Aufsätze der Autoren weichen nur unwesentlich voneinander ab. Sie gelangen zu einer einheitlichen Auffassung über die Zukunft der deutschen Demokratie, wenn auch "gewisse Interessenskreise" in der Industrie und Wirtschaft belehrt werden müßten, daß ihnen nicht das Recht zusteht, mit dem Nationalsozialismus zu drohen, um Konzessionen vom Ausland zu erhalten. Die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern, so wird in der Broschüre gesagt, ginge vielmehr dahin, nur dann Vertrauen zu der Stabilität der Bundesrepublik zu finden, wenn anstelle von Worten endlich Maßnahmen zu ihrer Sicherung erfolgten. In der SPD wird eine der sichersten Stützen der Demokratie gesehen.

+ + +

"Seliger-Gemeinde" der Sudetendeutschen

(sp) Alle ehemaligen Mitglieder der früheren deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei werden zur Mitarbeit in der vor kurzem gegründeten "Seliger-Gemeinde" aufgerufen, (Vorsitzende: Jaksch, Paul, Reitzner und Uilmann), die auch in den Ländern der britischen Zone ihre Tätigkeit aufnehmen wird.

Die "Seliger-Gemeinde" hat es unternommen, sich eines wichtigen Abschnitts der sudetendeutschen Vergangenheit - der Geschichte der Arbeiterbewegung - zu widmen, um in kulturellen Veranstaltungen sowie in wissenschaftlichen Publikationen das Traditionsgut zu bewahren

Mit der Herausgabe des "Sudeten-Jahrbuches 1952", das beim Verlag München, Görresstraße 43 bestellt werden kann, trat die "Seliger-Gemeinde" erstmals vor die Öffentlichkeit.

Zuschriften sind an Roman Wirkner Bonn, Luisenstraße 127/II zu richten.

+ + +

Organisierte Sozialpolitik der Katholischen Kirche

Von Maria Sevenich, Mitglied des Niedersächsischen Landtags

Die katholische Kirche hat schon frühzeitig die Bedeutung von Organisationen erkannt, in denen sie ihre Gläubigen zu sozialpolitischem Wirken zusammenschloß. Bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden die Kolping-Gesellenvereine, die Katholischen Arbeitervereine und Männerwerke. Vor 30 Jahren kam die Katholische Aktion als Laienwerk in der Kirche hinzu; der erste internationale katholische Laienkongreß 1951 schließlich hat alle Katholiken der Welt zu einem von der Hierarchie gesteuerten Laienwerk im gesamten Bereich der menschlichen Gesellschaft aufgerufen.

Neben den tragenden katholischen Verbänden mit wesentlich sozialpolitischer Zielsetzung, die in Westdeutschland in der "Arbeitsgemeinschaft katholischer Laienwerke" zusammengefaßt sind, gibt es noch zahlreiche Verbände, wie der "Band der deutschen katholischen Jugend", die "Christliche Arbeiterjugend", der "Politische Ring der katholischen Jungen Mannschaft", die ebenfalls mehr und mehr auf sozialpolitischem Gebiet arbeiten.

Zugleich aber entstehen Institutionen der Römisch-katholischen Kirche, die zu festen Einrichtungen ausgebaut werden, denen zweifellos die Aufgabe zufallen soll, ihren Mitgliedern in Schulungskursen die von der Hierarchie gewünschte sozial- und wohl auch parteipolitische "Ausrichtung" zu geben; die Möglichkeiten der gewissenmäßige Beeinflussung, die den Institutionen der katholischen Kirche zur Verfügung stehen, werden dabei fraglos keine geringe Rolle spielen.

Neben der ständigen Einrichtung der alljährlich stattfindenden Katholikentage sind hervorzuheben die "Katholischen sozialen Wochen" die ebenfalls jährlich einmal stattfinden und in mehrtägigen Arbeitstagen zentrale sozialpolitische Fragen behandeln. Sie fassen das Ergebnis ihrer Beratungen in Beschlüssen und Resolutionen zusammen, die dann - in die vielfältigen Organisationskanäle geleitet und auch öffentlich bekanntgemacht - starke richtungweisende Wirkung erzielen.

Von diesen Katholischen sozialen Wochen aus entwickelt sich

mehr und mehr die Einrichtung "Katholischer Sozialer Seminare" auf Diözesangrundlage, deren Ausbau von der Fuldaer Bischofskonferenz warm empfohlen wurde. In diesen Seminaren erfolgt die Schulung der "Funktionäre" für die sozialpolitische Auseinandersetzung.

Im November vergangenen Jahres haben alle solche - in Deutschland wie in anderen Ländern geschaffenen - Einrichtungen der Kirche insofern eine zentrale Ausrichtung erfahren, als in Rom ein neues "Institut für Sozialwissenschaften" gegründet wurde, das dazu bestimmt ist, ein Zentrum sozialer Studien vor allem auf dem Gebiet der internationalen Politik zu werden. Interessant ist die Liste der dort gelehrteten Studienfächer: Katholische Soziallehre, Sozialtheologie und -philosophie, Rechtsphilosophie, allgemeine positive Soziologie, Sozialökonomie, Finanzwissenschaften, vergleichendes Zivilrecht, vergleichendes Gewerkschafts- und Arbeitsrecht, vergleichendes Verfassungsrecht, Sozialkurse zur Veranschaulichung der vorhandenen internationalen Bewegungen und Organisationen, der politischen und wirtschaftlichen Parteien, der Erfahrungen auf dem Gebiet des sozialen Apostolats.

Die Evangelische Kirche in Deutschland, die früher eine derartige sozialpolitische Tätigkeit kaum in Ansätzen kannte, hat sich nach 1945 in Anlehnung an das katholische Vorbild bemüht, zu einer eigenen sozialen Bewegung zu kommen, so in den evangelischen Männerwerken und vor allem den evangelischen Akademien; sie erreichen aber bei weitem nicht das Ausmaß der entsprechenden katholischen Tätigkeit.

In Zusammenarbeit beider christlichen Kirchen existiert neuerdings eine "Arbeitsgemeinschaft christlicher Sozialinstitute", der das "Arbeiterwerk der Männerarbeit der EKD, der Verband "Katholische Volksarbeit", die Evangelischen Akademien, das "Katholische Werkvolk" und die Katholische Arbeiterbewegung angeschlossen sind.

+ + +

Kommuniqué des Vorstands der SPD

Am 22. und 23. Februar tagte in Bonn der Vorstand der SPD. Die Sitzung wurde eingeleitet mit einem Überblick des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenhauer, über die politische Lage, wie sie durch die Verhandlungen über den militärischen Verteidigungsbeitrag, den Generalvertrag und die Zusatzverträge geschaffen worden ist. Er schloß damit, daß auch durch die neueren Erörterungen über den Aufbau der sogenannten Europa-Armee, über das Saargebiet und über die finanziellen Lasten eines militärischen Verteidigungsbeitrages der ablehnende Standpunkt der Sozialdemokratie keine Veränderung erfahren hat.

Der Parteivorstand dankt der Bundestagsfraktion für die klare und eindeutige Haltung, die sie mit ihrer Ablehnung des militärischen Verteidigungsbeitrages unter den gegenwärtigen Bedingungen angenommen hat. Diese Haltung bildet die Grundlage der sozialdemokratischen Politik, unabhängig davon, ob sich die SPD in der Opposition oder in der Regierung befindet.

In der ausführlichen Diskussion wurde besonders auf die enge Beziehung der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit mit der Diskussion über einen deutschen Verteidigungsbeitrag hingewiesen. Der Vorstand der SPD fordert die Bundesregierung auf, die Alliierten um eine Stellungnahme zu dem sachlichen Inhalt des letzten Grotewohl-Briefes zu ersuchen. Die Bundesregierung darf nicht einmal den Schein der Berechtigung des Vorwurfs erwecken, sie nehme Möglichkeiten der Förderung der deutschen Einheit nicht ernst.

Nachdem sich jetzt übersehen läßt, wie hoch der finanzielle Beitrag der Bundesrepublik zu den Verteidigungskosten sein soll, muß die Wirkung des geplanten militärischen Beitrages auf die Lebenshaltung der Bevölkerung sorgfältig geprüft und dem deutschen Volk zur Kenntnis gebracht werden.

Zum Schluß bestätigte der Parteivorstand erneut seinen festen Willen, Neuwahlen zum Bundestag durchzusetzen. Das deutsche Volk muß zur Entscheidung über eine der wichtigsten Fragen seiner Existenz aufgerufen werden. Die SPD weist erneut darauf hin, daß der Versuch, die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages unter den überholten Mehrheitsverhältnissen des Bundestages und gegen die Stimmen der Opposition zur Entscheidung zu bringen, eine lebensgefährliche Bedrohung der demokratischen Grundlagen unseres Volkes und damit eine sehr ernste politische Situation schaffen würde.

Der Vorstand beschloß die Einsetzung eines Arbeitsausschusses, der Vorbereitungen für weitere organisatorische und politische Maßnahmen zur Durchführung weiterer Aktionen der Partei im Zusammenhang mit der Forderung auf Neuwahlen zu treffen hat.

+ + +

Abwehr des Antisemitismus

Der Vorstand der SPD hat in seiner Sitzung am 22./23. Februar 1952 die folgende EntschlieÙung angenommen:

Die Aufführung von Filmen Veit Harlans hat in mehreren Städten der Bundesrepublik Demonstrationen hervorgerufen. Sie galten der Abwehr des Antisemitismus und dem Frieden mit Israel.

In Freiburg und Göttingen wurden die Demonstranten von organisierten Schlagertrupps iberfallen und miÙhandelt. Nach zuverlässigen Berichten kam es dabei zu wilden antisemitischen Exzessen.

Die SPD erhebt aufs schärfste ihre Stimme gegen den antisemitischen Fobel. Sie verlangt eine strenge Bestrafung aller Schuldigen und vor allem eine Untersuchung, warum die Polizei ihrer Aufgabe, die Demonstranten zu schützen, nicht nachkam. Sie erkennt vor allem nicht an, laÙ es sich beim Kampf gegen den Antisemitismus um eine "Ländersache" handele, wie der Bundesinnenminister Dr. Lehr im Bundestag erklärte.

Die SPD ruft alle Menschen anständiger Gesinnung auf, dem Antisemitismus iberall entgegenzutreten. Jeder Antisemitismus und jeder, der ihn duldet, besudelt die Ehre und den Namen Deutschlands und der Menschheit.

+ + +

Panne der Regierungspropaganda

(sp) Das Bundespresseamt gab am Freitag im Auftrage des Bundeskanzlers eine Erklärung heraus, in der zu dem am 17. Februar erschienenen Artikel "Die Glaubwürdigkeit des Kanzlers" Stellung genommen und erklärt wurde, eine vom SPD-Pressedienst erwähnte "Wiederschrift" der Kanzler-Erklärung vor der CDU/CSU-Fraktion existiere nicht. Kurz danach teilte der dem Bundeskanzler besonders nahestehende CDU/CSU-Pressedienst "Deutschland-Union-Dienst" wörtlich mit: "Zu der erwähnten "Wiederschrift", die keinesfalls ein Protokoll darstellt, ist zu sagen, daÙ sie offenbar auf einem MiÙverstandnis beruhte, indem sie einer vom Bundeskanzler ausgesprochenen Erwartung der Charakter einer ultimativen Forderung gab". Mit dieser Feststellung des Kanzler-Pressedienstes wird bestätigt, was das Bundespresseamt im Auftrage des Kanzlers bestritt: DaÙ nämlich eine "Wiederschrift" tatsächlich vorliegt.

Die im Auftrage des Kanzlers ausgegebene Erklärung wiederholt im ibrigen eine Anzahl von Behauptungen, die durch die Darstellung des SPD-Pressedienstes unter Anführung zahlreicher Fakten und wörtlicher Zitate widerlegt worden waren, ohne daÙ die Erklärung sich mit diesen Fakten und Zitaten iberhaupt auseinandersetzt. Das Bundespresseamt wird nicht erwarten können, daÙ dieser Umstand in der Offentlichkeit ibersehen wird.

In Bonner politischen Kreisen wurde es schlieÙlich mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, daÙ der Kanzler wegen der Darstellung des SPD-Pressedienstes beim Vorstand der SPD vorstellig werden wird.

Die Montags-Ausgabe unseres Pressedienstes entfällt. Unsere nächste Ausgabe erscheint am Dienstag, dem 25. Februar 1952. (D.Ref.)

Verantwortlich: Peter Raunau